SOZIALE DEMOKRATIE WIRD GEBRAUCHT

PROGRAMM DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS
ZUR KREISTAGSWAHL IM LANDKREIS FÜRSTENFELDBRUCK

Gemeinwohl statt Gier. Projekt Zukunft FFB.

Inhalt

SOZIALE DEMOKRATIE WIRD GEBRAUCHT 3

WOHNEN FÜR ALLE – BEZAHLBARE MIETEN FÜR DIE MITTE DER GESELLSCHAFT 4

KLIMASCHUTZ KONKRET – JETZT MACHEN! 6

BILDUNG – GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE 11

SOZIALER ZUSAMMENHALT – MITEINANDER FÜREINANDER 13

MEGATHEMA PFLEGE 15

WIRTSCHAFT UND ARBEIT 19

MOBILITÄT UND VERKEHRSINFRASTRUKTUR - VORRANG FÜR ÖFFENTLICHE MOBILITÄT, VERKEHRSWENDE MACHEN 23

FURSTY - KLIMANEUTRALE STADT DER ZUKUNFT 25

ABFALLBESEITIGUNG IM LANDKREIS – ÖKOLOGISCH, BÜRGERFREUNDLICH, WIRTSCHAFTLICH 27

SOZIALE DEMOKRATIE WIRD GEBRAUCHT

Unser Anspruch ist, dass es allen Menschen in unserem Landkreis gut geht. Dafür brauchen wir funktionierende und starke öffentliche Infrastruktur, umfassende Daseinsvorsorge. Wir stehen ein für einen starken, fürsorgenden Staat. Wir stehen ein für massive Investitionen in öffentliche Infrastruktur, die allen zu Gute kommt.

Wir kümmern uns um die Mitte der Gesellschaft, die Krankenschwester, den Feuerwehrmann, die Polizistin, die Pflegerin und Kindergärtnerin, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Um alle, die sich in Beruf und Ehrenamt um das Funktionieren unserer Gemeinschaft kümmern. Diese Mitte der Gesellschaft kann sich die notwendige Infrastruktur menschlicher Existenz nicht einfach kaufen.

Gesundheit, Wohnen, Bildung, Ernährung, Energie, Mobilität, Kultur, eine intakte Umwelt. Für all das brauchen wir einen starken fürsorgenden Staat. In diese öffentliche Infrastruktur müssen wir endlich wieder mehr investieren. Jeder Kindergarten, jede Brücke, jeder kommunale Wohnbau ist ein Mehrwert für Viele und für lange Zeit. Wir hinterlassen nicht Zahlen, sondern eine funktionierende Infrastruktur.

Der Landkreis Fürstenfeldbruck braucht endlich politische Führung. Starke Impulse für die Lösung der drängenden Zukunftsfragen. Wir müssen uns selbstbewusst eine dauerhaft erfolgreiche Position in der Metropolregion München erarbeiten.

Wir setzen Schwerpunkte beim kommunalen, bezahlbaren Wohnungsbau, bei konkreter Klimaschutzpolitik vor Ort mit einer neuen Idee von Mobilität. Bei Investitionen in Bildung und einem nimmermüden Einsatz für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Wichtig ist uns auch das Megathema Pflege, die öffentliche Gesundheitsversorgung, der Ausbau des Arbeitsplatzangebotes im Landkreis und die Förderung der Kultur.

Unsere Idee einer gemeinwohlorientierten Entwicklung des Landkreises werden wir verdichten in einer Zukunftsvision für Fursty, der zivilen Nachnutzung des Fliegerhorstes. Dort können wir unter den Stichpunkten bezahlbares Wohnen, wohnortnahes Arbeiten, leistungsfähige öffentliche Mobilität und organische Einbindung in einen schützenswerten Naturraum unsere Vision der Zukunft des Landkreises sichtbar machen.

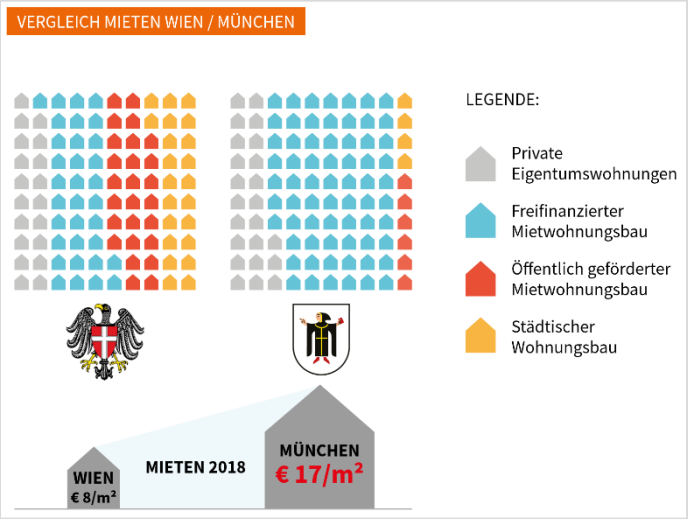
Die neoliberale Zeit ist vorbei. Schluss mit dem alles fressenden Egoismus. Es ist Zeit für gemeinschaftliches Handeln in gemeinsamen Herausforderungen. Gemeinwohl statt Gier. Projekt Zukunft FFB. Wir wollen den Landkreis Fürstenfeldbruck gemeinsam für die Bruckerinnen und Brucker zu einem besseren, weil gemeinschaftlicheren und solidarischeren Ort machen.

Soziale Demokratie wird gebraucht. Die besten Zeiten liegen vor uns.

Gemeinwohl statt Gier. Projekt Zukunft FFB.

WOHNEN FÜR ALLE – BEZAHLBARE MIETEN FÜR DIE MITTE DER GESELLSCHAFT

Ein fundamentaler Bestandteil der öffentlichen Infrastruktur ist der kommunale Wohnungsbau. Wohnen ist Menschenrecht, so ergibt es sich schon aus der Bayerischen Verfassung.



Unser Leitbild ist Wien, dort leben rund 60 % der Stadtbevölkerung im geförderten und kommunalen Wohnungsbau. Das breite öffentliche Angebot hat eine massiv preisdämpfende Wirkung für den Gesamtmarkt, die Durchschnittsnettomiete lag 2018 in Wien bei 8€/m², im Landkreis bei ca. 15€/m², in München sogar bei 17€/m². Nicht umsonst wurde Wien auch in diesem Jahr wieder zur lebenswertesten Stadt der Welt gewählt. In Sachen Wohnungsmiete ist der Landkreis der drittteuerste in ganz Deutschland. Die Mieter*innen brauchen endlich wieder Luft zum Atmen.

Wir, d.h. Landkreis und Kommunen in einer gemeinsamen Anstrengung, wollen hier im Landkreis massiv in kommunalen Wohnungsbau investieren, **3.000 neue kommunale Wohnungen in den nächsten 6 Jahren** sind unser Ziel. Bezahlbarer Wohnraum für 9000 Menschen. Zum Beispiel für Ältere, Alleinerziehende und junge Familien, für Erzieher*innen, Feuerwehrleute, Pflegekräfte und Polizisten. Bezahlbare Miete bedeutet nach der international anerkannten Definition, nicht mehr als ein Viertel des Haushaltseinkommens für Miete ausgeben zu müssen. Viele müssen heute bereits mehr als 50% für die Miete aufwenden.

Die Kommunen können dann entscheiden, wer in den Wohnungen lebt, **unsere Miete liegt bei 10 € pro Quadratmeter** (ohne Nebenkosten). So kann die Kommune dafür sorgen, dass der stellvertretende Feuerwehrkommandant oder die Helferin bei der Tafel eine bezahlbare Wohnung im Ort bekommt und da bleiben kann, wo er oder sie herkommt. Und die Kommune weiter mit ihrem ehrenamtlichen Engagement bereichern.

Wir errichten energieeffiziente und ökologische Häuser mit architektonischem Anspruch und viel Grün. Gut integriert in bestehende Situationen mit hoher Durchlässigkeit nach außen.

Wir richten ein **soziales Management** ein, das für ein gutes Zusammenleben in den kommunalen Liegenschaften sorgt. Es geht dabei um eine gute Verwaltung der Häuser, Sicherheit und Fürsorge für die Mieter, ein Zusammenleben in Strukturen. Präventives Aufsuchen von finanziell Schwächeren, bevor Notlagen eskalieren. Durch eine geschickte Kombination mit genossenschaftlichen Wohnangeboten sorgen wir für eine gute soziale Durchmischung der Anlagen.

Wir beschaffen die **Grundstücke** über Um- und Mehrnutzung (Bauhöfe, Parkplätze), Konversion (frühere Kasernenflächen, Altindustrien) und **soziale gerechte Bodennutzung**

(SoBoN). In Kooperation mit Grundstückseigentümern der Immobilienwirtschaft kommt so die - durch die kommunale Planung bei der Ausweisung neuer Baugebiete bewirkte - Bodenwertsteigerung zu 2/3 dem Gemeinwohl zu, für Planungskosten, öffentliche Infrastruktur und eben auch Flächen für den kommunalen Wohnungsbau. Dieses Modell funktioniert in München und auch vielen kleinen Kommunen im Umland von München schon lange gut. Zeit, sozial gerechte Bodennutzung auch hier im Landkreis zum Standard zu machen.

Öffentliche Grundstücke werden nicht mehr verkauft. Die verfügbaren Flächen des Bundes und des Freistaates sollen vorrangig und günstig an die Kommunen abgegeben werden.

Wir finanzieren den kommunalen Wohnungsbau über das kommunale Wohnungsbauförderprogramm des Freistaates (KommWFP). 30 % Förderung, 60 % sehr günstig finanziert über Darlehen der BayernLabo. 10 % Eigenanteil können über das Baugrundstück eingebracht werden. Die Gelder liegen bereit. Die Kommunen können sich so in 25 Jahren abfinanzierte Immobilien erarbeiten und endlich wieder einen kommunalen Wohnungsbestand aufbauen. Und vor allem gibt es kein Ende der Bindungsfrist, die Wohnungen bleiben im öffentlichen Bestand.

Wir haben eine genaue Idee für die Wohnungsbaugesellschaft des Landkreises. Wir sehen diese als Dienstleister für die Kommunen: Bei der Grundstücksbeschaffung und -entwicklung, bei der Planung und Errichtung der Wohnungen sowie schließlich bei der Verwaltung der Wohnungen. Hier muss schnell ein qualifizierter Personalbestand aufgebaut werden, der für und mit den Kommunen Wohnprojekte umsetzt und betreut. Wir stehen für synergetische **interkommunale Zusammenarbeit** beim Wohnungsbau, wie dies in vielen anderen Umlandgemeinden rund um München herum längst gängige Praxis ist. Ganz wichtig: Die Wohnanlagen bleiben im Eigentum und in der Entscheidungshoheit der Kommunen. Daneben soll die Wohnungsbaugesellschaft für die kreiseigenen Behörden und Betriebe Wohnungen bauen.

Bei der Initiierung von Projekten kümmern wir uns um frühzeitigen und ernsthaften **Bürgerdialog**. Transparenz und Handlungswille sind die Leitmotive. Gemeinsam mit der Bürgerschaft und den örtlichen Betrieben können wir Wohnansiedlungen auf den Weg bringen, die für alle ein Gewinn sind.

Wir bauen Wohnheimat, gemeinsam für die Mitte der Gesellschaft.

Gemeinwohl statt Gier. Projekt Zukunft FFB.

KLIMASCHUTZ KONKRET – JETZT MACHEN!

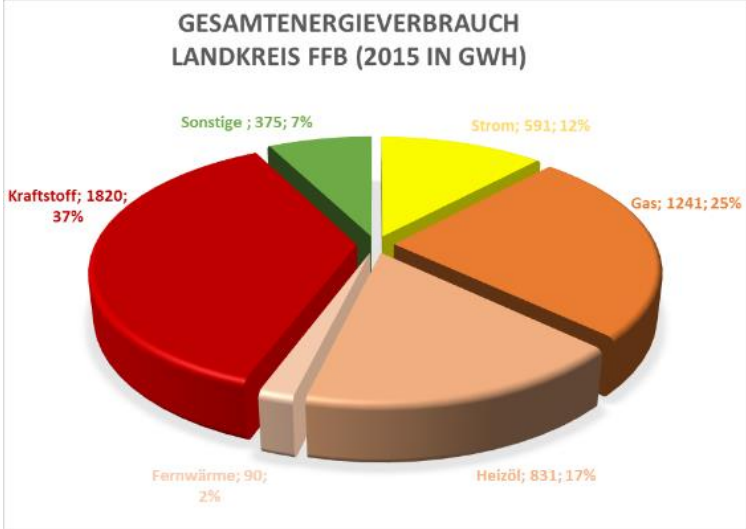
Wir stehen dazu, dass der Klimawandel menschengemacht ist. Wir verschließen nicht die Augen vor wissenschaftlichen Wahrheiten, nur weil sie unser Versagen in der Vergangenheit dokumentieren und eine Verhaltensänderung für die Zukunft verlangen.

Die Jugend kann sich auf uns verlassen. Die Bewältigung des Klimawandels und damit die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen sind eine gesamtgesellschaftliche, vor allem aber eine politische Herausforderung. Dieser Herausforderung stellen wir uns mit konkreter Klima- und Umweltschutzpolitik in der Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder.

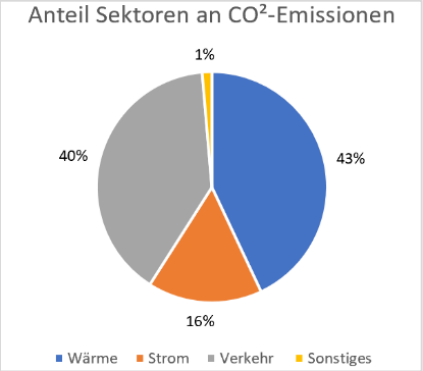
Genug gelabert, wir haben keine Zeit mehr für Ausreden, wir müssen endlich handeln. Und wir können im Landkreis Fürstenfeldbruck handeln. Think global, act local.

Die Faktenlage:

Die aktuellsten Zahlen für den Landkreis datieren auf das Jahr 2015. Vom **Gesamtenergieverbrauch 5.012 GWh** entfallen 44% auf Wärme, 37% auf Verkehr und 12% auf Strom. Damit korrespondieren **CO_2-Emissionen** von **1.477.000 t**, aufgeteilt in die Sektoren Wärme mit 44%, Verkehr mit 40% und Strom mit 16%. Eine Erfassung nach den im neuen Klimaschutzgesetz benannten Sektoren (Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft und Sonstiges) existiert im Landkreis nicht. Die Entwicklung zwischen 2010 und 2015 zeigt auf, dass die Emissionen in den Sektoren Wärme und Verkehr ansteigen, während der Sektor Strom schon deutliche Einsparungen vorzeigen kann.



Der Anteil der regenerativen Stromerzeugung lag im Jahr 2015 bei 25%, auch hier hinkt der Landkreis dem Rest der Republik hinterher (Bundesschnitt in 2015 35%). Die aus den europäischen Vereinbarungen abgeleiteten nationalen Sektorenziele für 2030 verlangen eine **Reduktion der CO_2-Emissionen bis 2030** gegenüber 2014 von durchschnittlich **40%**.

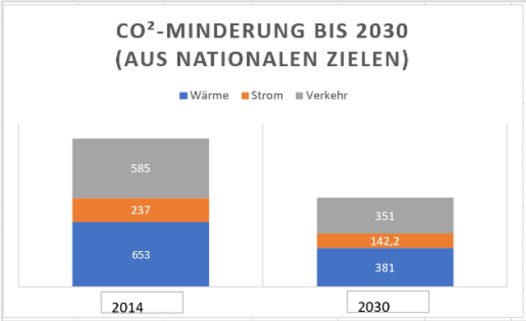


Ohne zusätzliche Maßnahmen wird der Landkreis alle Klimaschutz- und Energiewendeziele - vom jetzigen Landrat eingestanden - krachend verfehlen. Gerade in den Sektoren Wärme und Verkehr ist ein Umsteuern dringend nötig, die Potentiale sind riesig.

<u>Das sind unsere konkreten Forderungen:</u>

1. Klimaschutz vor Ort verbindlich machen

Wir wollen verbindliche Klimaschutzziele für alle im Landkreis relevanten Sektoren (*Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft*) auch im Landkreis. Heruntergebrochen aus den nationalen Zielen. Vereinbart in einem echten gesellschaftlichen Diskurs mit allen Beteiligten. Abgerundet durch eine transparente, und zeitnahe Evaluierung sowie ggfs. Nachjustierung der CO_2-Minderungen.



2. 100% erneuerbare Stromerzeugung bis 2026

Wir wollen die erneuerbare Erzeugung vor Ort konsequent ausbauen, mit einem *Vorrang für Solar, ergänzt auch durch Windkraft.* **100% erneuerbare Energieerzeugung im Landkreis bis 2026 sind sportlich, aber möglich**.

Unser Ausbaufahrplan sieht so aus. Wir wollen 2026 einen Strommix von 70% Solar, 20% Wind und 10% Sonstige wie z.B. Wasserkraft erreicht haben.

Wir gehen für 2026 von einem gegenüber 2015 gleichbleibendem Gesamtstromverbrauch von ca. 600 GWh aus, da Einsparungen im Bereich der Energieeffizienz durch höhere Verbräuche im Bereich der Elektromobilität aufgewogen werden.

Um den Solaranteil von 420 GWh zu erreichen, benötigen wir bei Verwendung aktueller Standardmodule eine **Fläche von 4,2 km²**. Das ist gerade mal **1 Prozent der Gesamtfläche des Landkreises**. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei einer intensiven Nutzung öffentlicher und gewerblicher Gebäude sowie aller Infrastrukturzonen (Straßen, Bahnlinien, Parkplätze) sowie einer Doppelverwendung landwirtschaftlicher Flächen (PV und z.B. weidende Tiere) gelten. 3 km² PV-Zubau in 6 Jahren, machbar. 120 GWh aus Windkraft bedeuten ca. **20 zusätzliche Windräder** wie sie jetzt in Mammendorf stehen.

Weitere Bausteine sind: Dezentrale und kleinteilige Energieerzeugung fördern (Mieterstrom). Lokale Energiespeicherung (z.B. Power to Gas). Kraft-Wärme-Kopplung kleinteilig ausbauen. Chancen der Digitalisierung mit übergeordneter und kleinteiliger Erzeugungs- und Verbrauchssteuerung nutzen.

Wir wollen gemeinsam mit Stadtwerken, Landwirten und der Bürgerschaft Potentiale und Standorte suchen, entwickeln und in Betrieb nehmen.

3. Wärmewende voranbringen, Sanierungsoffensive Gebäude

Wir wollen Energienutzungspläne in den Kommunen als Standard. *Gerade im Bereich der Wärme gibt es noch riesige Einsparpotentiale.* **Fern- und Nahwärmenetze, Quartiersversorgungen wo immer möglich realisieren**. Wir nutzen örtliche Power to Gas-Potentiale ebenso wie Oberflächen- und Tiefengeothermie. Wir wollen einen konsequenten Ausbau der Müllverbrennungsanlage in Geiselbullach zum Energiestandort (Wärme, Dampf, Strom).

Wir initiieren eine **Sanierungsoffensive**, verpflichtend für alle öffentlichen Gebäude, offen aber auch für Wohnen und Gewerbe. Wir finanzieren die Sanierungsmaßnahmen ohne Belastung der öffentlichen Haushalte, allein aus den erzielten Einsparungen, im bewährten Modell der **Einsparpartnerschaften** mit der Energiewirtschaft.

Im Neubausektor wirken wir darauf hin, dass nur noch **Plusenergiehäuser** errichtet werden.

Wir stellen uns der Vorbildfunktion öffentlicher Gebäude in allen Feldern. Der Wärmesektor muss bei der CO^2-Einsparung endlich liefern.

4. Vorrang für öffentliche Mobilität, Verkehrswende machen

Wir sagen: **Schluss mit dem S-Bahn-Chaos. Wir fordern den schnellen viergleisigen Ausbau der S 4 bis Geltendorf und den 10min-Takt auf allen Linien im Landkreis.** Entschlossener weiterer Ausbau des ÖPNV mit neuen Tangentialverbindungen wie etwa einer Tram oder Seilbahn von Bruck durch den Fliegerhorst nach Maisach, mit einem Ausbau von Expressbuslinien. Seilbahnen (z.B. auch von Germering nach Pasing) können grundsätzlich kurzfristig umsetzbare Lösungen für zusätzliche Verbindungen bringen. Wir brauchen dringend eine Erhöhung der Zuverlässigkeit in allen Systemen.

Wir fordern: **ÖPNV bis 18 kostenfrei, das 365 €-Jahresticket für alle!** Gefördert vom Bund als Modellregion.

Wir fordern **Mobilitätsdrehscheiben** an allen Bahnhöfen. Eine umfassende digital basierte Vernetzung mit schnell auszubauenden Sharingsystemen (Auto, Bike, Lastenrad).

Wir wollen das **Radwegenetz** gerade in Zeiten von e-Bikes auch mit Schnellradtrassen entschlossen ausbauen.

Wir errichten eine **leistungsfähige Infrastruktur** für die Elektromobilität und ergänzend grünes Gas. Die öffentlichen Flotten (auch die Busse) werden selbstverständlich klima-neutral. Wir wollen die überlasteten Stadt- und Gemeindezentren vom Individualverkehr entlasten. Dazu schaffen wir zusätzliche Busverbindungen in die Zentren (Taktverdichtung!). Wir denken auch nach über **Parkraumbeschränkungen in den Innenstädten.** Auch kommunale Tempolimits können ein Baustein sein. Wir drängen die individuelle Mobilität zurück, auch durch eine Abschmelzung der Stellplatzschlüssel.

Der Verkehrssektor muss bei der CO^2-Einsparung endlich liefern.

Aber: Nur wenn die öffentliche Mobilität eine zuverlässige, bequeme und bezahlbare Alternative zur individuellen Mobilität wird, können wir die Menschen zu einem freiwilligen und damit nachhaltigen Umstieg bewegen!

5. Natur und Tiere schützen

Wir wollen das **Stadtklima verbessern**, durch Dach- und Fassadenbegrünung, öffentliche Parks, gesicherte Frischluftschneisen. Wir müssen die **Biodiversität** sichern, etwa durch öffentliche Blühwiesen und Grünstreifen, weniger Steingärten. Wir wollen den Landschafts- und Naturschutz ernst nehmen, auch durch einen effektiven Schutz der **Wälder und Moore** als CO^2-Speicher. Wir wollen den **Flächenverbrauch** durch Nachverdichtung und flächeneffizientes Bauen (notwendig in die Höhe) dämpfen. Wir wollen **Verpackungsmüll** und Einwegnutzungen vermindern und bekennen uns zu einer maximal hohen Recyclingquote.

Wir sollten im Landkreis den **Tierschutz** endlich ernst nehmen. In der **Massentierhaltung** durch die Förderung des Umstieges auf eine integrierte (naturnahe und tierfreundliche) Bewirtschaftung. Wir müssen dabei die bestehenden Tierschutz- und Qualitätsstandards endlich durch wirksame Kontrollen sichern. Regionale, saisonale und biologisch erzeugte Produkte werden Pflicht bei der öffentlichen Hand (Schulen, Kindergärten, Kantinen, Veranstaltungen). Wir bekennen uns zu einem Schlachthof im Landkreis, um Tiertransporte zu vermeiden.

Der Landkreis braucht wieder ein eigenes Tierheim. Viele **Haustiere** verlieren aus den unterschiedlichsten Gründen ihr Zuhause und brauchen eine qualitätvolle und leistungsfähige Anlaufstelle.

Wie wollen wir unser Konzept umsetzen?

Wir bringen unser Klimaschutzprojekt ein in das **europäische Förderprogramm ELENA**. Mit den Mitteln aus diesem Programm finanzieren wir zuerst eine ganzheitliche Studie, welche zu all den oben beschriebenen Themenfeldern die relevanten Daten erfasst, die möglichen Lösungen eruiert und konkrete Umsetzungsszenarien vorschlägt. Auf einer so verdichteten Basis unseres Konzeptes treffen wir dann die politischen Entscheidungen und gehen in die Umsetzung. Auch die bei der Umsetzung entstehenden Kosten für internes Personal und externe Ingenieure finanzieren wir aus dem Programm ELENA.

ELENA – European Local ENergy Assistance

Bei der investiven Umsetzung der Maßnahmen nutzen wir alle bestehenden Förderprogramme. Setzen auf Kooperationen mit Wissenschaft, Wirtschaft und Bürgerschaft.

Wir machen aus dem Klimaschutz im Landkreis ein gemeinsames, ein gesellschaftliches Projekt. Auf diese Weise können wir schnell erste Maßnahmen realisieren. Ja, wir haben anspruchsvolle Ziele.

Entscheidend ist nicht, wie viele Planstellen im Landratsamt für den Klimaschutz geschaffen werden oder ob wir – wie fast alle anderen Landkreise – endlich eine Energieagentur haben. Entscheidend ist, dass wir den politischen Willen für konkrete Klimaschutzmaßnahmen haben. **Wir wollen bis 2026 liefern. Endlich machen.**

Lassen wir die Generation Fridays for Future nicht allein mit deren berechtigten Sorgen. **Kämpfen wir gemeinsam mit unseren Kindern für unser aller Zukunft.**

BILDUNG – GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE

Bildung ist der Schlüssel für ein gelingendes Leben. Bildung und Ausbildung sind zentrale Herausforderung jeder Gesellschaft. Bildung ist Allen zustehende unentgeltliche öffentliche Infrastruktur. Wir wollen alles in unserer Macht Stehende tun, damit auch Kinder aus finanziell schwächeren Familien ihre Chance auf ein selbstbestimmtes Leben erhalten.

Die Integrationsleistung der Bildungseinrichtungen ist riesig und muss viel mehr wertgeschätzt und unterstützt werden. Wir brauchen mehr Personal in allen Einrichtungen (Erzieher*innen, Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen). Wir müssen bei allen Bauvorhaben bezahlbare Wohnungen für das Personal mit bauen.

1. Weiterführende Schulen im Landkreis

Wir müssen die Gelder des Bundes aus dem Digitalpakt in den Landkreis holen. Schnelles Internet, Tablets und Schulungen des Personals, damit unsere Kinder fit sind für die digitalisierte Zukunft, in die wir sie schicken.

Wir wollen den riesigen Sanierungsstau an unseren Schulen abbauen und in eine grundlegende Modernisierung unserer Schulen investieren, vom Tablet bis zur Toilettenanlage. Ein solches Programm muss professionell aufgestellt und begleitet werden. Moderne Lernformen müssen im Raumprogramm der Schulen berücksichtigt, d.h. mehr und andere Räume. Wir müssen uns gleichzeitig um alle Schulen kümmern.

Wir brauchen einen Ausbau der Ganztagsschulangebote, insbesondere die gebundenen Zweige müssen verstärkt werden.

Der dringend benötigte neue FOS-Standort sollte zuerst für unsere Landkreisschüler da sein, und nicht für München und Starnberg. Deshalb ist Olching ein hervorragender Standort.

Wir machen uns stark für den Erhalt wohnortnaher Schulen, wenn nötig mit innovativen Konzepten wie der Gemeinschaftsschule mit längeren gemeinsamen Lernzeiten (10 Jahre, keine Aufteilung nach 4. Klasse).

2. Vorschulische Betreuung

Hier muss der Landkreis seine koordinierende Rolle viel stärker wahrnehmen.

Der Landkreis muss in kreiseigenen Betrieben und Behörden flächendeckende, bezahlbare Kinderbetreuungsangebote einrichten.

3. Berufliche Ausbildung

Wir müssen die berufliche Ausbildung stärken. Wir brauchen dringend Nachwuchs für die üppig vorhandenen Ausbildungsplätze. Ein berufliches Ausbildungszentrum könnte unseren Unternehmen helfen, den so dringend benötigten Nachwuchs hier vor Ort selbst auszubilden. Wir müssen allen, die wollen, eine Chance geben. Sie fordern und fördern. Arbeit genug ist da.

4. Erwachsenenbildung

Wir wollen lebenslanges, berufsbegleitendes Lernen stärken. Insbesondere weil ein lebenslanges Verweilen in einem Beruf künftig die Ausnahme sein wird.

Wir sehen dabei die wichtige Rolle der Volkshochschulen, und wollen deren Arbeit noch mehr unterstützen. Der Landkreis hat die Aufgabe, sich gemeinsam mit den Kommunen um die Quantität und die Qualität der Angebote für lebenslanges Lernen zu erschwinglichen Preisen zu kümmern. Lebenslange berufliche Weiterentwicklung darf keine Frage des Geldbeutels sein.

5. Fliegerhorst als Erinnerungs- und Bildungsort

Der Schauplatz des Olympiaattentats 1972 - das gesamte Ensemble des alten Towers mit dem dazugehörigen Vorfeld – soll zu einem Gedenk-, Lern- und Begegnungsort werden. Es stellt für den Landkreis Fürstenfeldbruck nicht nur eine historische Verpflichtung dar, das Gedenken an das Olympiaattentat an diesem historischen Ort zu bewahren und Begegnung zu ermöglichen. Die überregionale Bedeutung einer solchen Gedenk- und Begegnungsstätte bietet darüber hinaus auch große Chancen für die Stadt und den Landkreis Fürstenfeldbruck. Ein solcher Erinnerungs- und Bildungsort könnte sich wunderbar in unser Projekt Fursty – klimaneutrale Stadt der Zukunft eingliedern.

6. Kulturpolitik

Kulturpolitik ist ein wichtiger Bestandteil einer Bildungsgesellschaft und existentiell für die Qualität menschlichen Zusammenlebens (Baukulturgüter, Traditionspflege, Kulturvereine, Hoch- und Subkultur). Wir sind dabei für eine Kulturpolitik frei von kommerziellen Zwängen, der Zugang zu kulturellen Angeboten muss allen Menschen offenstehen. Wir stehen ein für Förderung und Schutz der kulturellen Vielfalt. Wir lehnen alle Leitkulturkonzepte ab, gelebtes Miteinander und Toleranz sind Grundsätze sozialdemokratischer Kulturpolitik. Wir fordern eine bessere Vernetzung der Kulturpolitik im Landkreis, hierzu könnte eine Kreiskulturmanager*in ein guter Beitrag sein.

Wir setzen uns ein für Erhalt und Stärkung der landkreiseigenen Kultureinrichtungen wie Furthmühle und Jexhof. Die musikalische Förderung durch die Kreismusikschule muss gestärkt werden.

SOZIALER ZUSAMMENHALT – MITEINANDER FÜREINANDER

Wir Menschen brauchen Gemeinschaft. Ein gutes Leben führen wir nur gemeinsam. Wir sind miteinander füreinander verantwortlich. Jeder Mensch ist einzigartig und soll die gleiche Chance im Leben haben. Die Starken müssen für die Schwächeren mittragen. Empathie und Mitmenschlichkeit sind die Eckpfeiler eines gelingenden Zusammenlebens.

Wir wollen, dass die Menschen im Landkreis Fürstenfeldbruck gesund, aktiv, sozial-eingebunden und gut versorgt leben können. Wir sehen es als Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge an, dass der Landkreis aktiv Verantwortung für Soziales Leben übernimmt.

Wir sehen das Landratsamt hier als Dienstleistungsbehörde besonders in der Pflicht, hilfesuchenden Menschen wertschätzend und bürgernah zu begegnen. Wir müssen individuelle oder ehrenamtliche Ressourcen, wo sie nicht ausreichen, stärken und ergänzen.

Wir müssen einen Blick auf die Auswirkungen der Digitalisierung haben. Welche Auswirkungen sowohl positiv als auch negativ haben sie auf das Miteinander und die Teilhabe im Landkreis?

Wir sehen es als eine zentrale Aufgabe des Landkreises an, das soziale Leben und Miteinander im Landkreis ausgeglichen und bedarfsgerecht zu gestalten.

Wir wollen alles stärken, was sozialen Zusammenhalt fördert. Alle unterstützen, denen es um das Wohl der Mitmenschen und nicht den kalten Egoismus geht (z.B. Nachbarschaftshilfen, Tafeln, kirchliche Sozialorganisationen, Seniorenbeiräte und die Vereine). Gemeinwohl statt Gier.

Gemeinwohl statt Gier. Projekt Zukunft FFB.

Das sind unsere Forderungen:

- ✓ **Wir wollen Vereine stärken und unterstützen.**
  Gerade unsere Jugendsportmannschaften sind neben der Schule einer der wenigen Orte, in denen noch alle Teile unserer Gesellschaft zusammenkommen. Die Unterschiede sind wirklich krass, die Herausforderungen riesig. Hier muss es viel mehr Unterstützung für die Vereine und Trainer geben, z.B. durch mit der Schule und den Eltern vernetzte Sozialarbeit und eine interkulturell angelegte Integrationsausbildung der Trainer*innen.

- ✓ **Wir wollen, dass Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren unterstützt werden**
  Uns ist es sehr wichtig, dass Menschen, die in ihrer freien Zeit Verantwortung übernehmen unterstützt und wertgeschätzt werden. Dies nicht nur in Form einer Ehrenamtskarte, sondern auch bei konkreten Fragestellungen und Anliegen. Daher sollte die Verwaltung immer ein offenes Ohr für das Ehrenamt haben und sich unbürokratisch um Lösungen bemühen, wenn dies in ihrem Verantwortungsbereich liegt.

  Die ehrenamtliche Arbeit, gerade auch in Vorstandsämtern, unterliegt mittlerweile so vielen Rechtsvorschriften wie Datenschutz, Steuer, Gemeinnützigkeit, Haftung, Führungszeugnis, dass kaum noch jemand bereit ist solche Tätigkeiten zu übernehmen. Wir fordern daher ein Angebot der Rechtsberatung für diesen Personenkreis.

- ✓ **Wir wollen eine Taskforce gegen Kinderarmut**
  Kinderarmut in unserem reichen Landkreis ist nichts anderes als ein Skandal. Wir werden hier vor Ort im Landkreis Fürstenfeldbruck eine Taskforce gegen Kinderarmut ins Leben rufen, die alle staatlichen und kommunalen Institutionen, alle zivilgesellschaftlichen, kirchlichen und ehrenamtlichen Kräfte sowie alle gemeinwohlorientierten Unternehmen miteinander vernetzt mit dem einzigen Ziel, kein einziges Kind zurückzulassen.

- ✓ **Wir wollen, dass ältere Menschen, die Unterstützung bekommen, die sie brauchen.**
  Wer sein Leben lang arbeitet, muss im Alter ein würdiges Auskommen haben. Auch im Landkreis Fürstenfeldbruck müssen wir konkret dafür sorgen, dass Menschen mit geringerer Rente im Alter in Würde leben können.

  Bei der beschlossenen Fortschreibung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes müssen unbedingt zusätzliche Faktoren wie finanzielle Ressourcen, migrationsspezifische Herausforderungen oder älter werdende Menschen mit Behinderung aufgenommen werden, damit ein umfassendes Bild vom Alter im Landkreis entsteht.

- ✓ **Wir wollen, dass unsere Landkreisbürger im Krankheitsfall gut versorgt sind.**
  Daher stehen wir uneingeschränkt zu unserer Kreisklink Fürstenfeldbruck und zu unserem Seniorenheim in Jesenwang.

Gemeinwohl statt Gier. Projekt Zukunft FFB.

Das Klinikum Fürstenfeldbruck in Trägerschaft des Landkreises ist unverzichtbare Einrichtung der Daseinsfürsorge! Der Druck auf die Krankenhäuser ist in den letzten Jahren dauernd gewachsen. Das betrifft vor allem die Personalsituation in der Pflege, aber zunehmend auch im ärztlichen Bereich. Wir werden nach Kräften alle Anstrengungen unterstützen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, die Zahl der Krankenpflegeausbildungsplätze zu erhöhen und zusätzliche Fachkräfte zu gewinnen.
Dazu werden wir konkret bei der Staatsregierung darauf dringen, dass die Zahlung der Ballungsraumzulage für den gesamten Landkreis ermöglicht wird und die Mitarbeiter*innen wieder davon profitieren können.

Immer mehr Menschen kommen mit Anforderungen und Belastungen des Lebens nicht mehr alleine zurecht. Wir sind deshalb sehr froh, dass wir mittlerweile in Fürstenfeldbruck hierfür eine stationäre psychatrische Einrichtung haben. Allerdings sehen wir die Versorgung mit ambulanten psychotherapeutischen Angeboten im Landkreis noch als ausbau- und ergänzungsfähig an.

MEGATHEMA PFLEGE

Um die wachsende Zahl pflegebedürftiger Menschen im Landkreis angemessen versorgen zu können werden wir uns des Themas besonders annehmen. Zur Vermeidung von Lücken fordern wir eine eigene Bedarfsplanung. Das gilt sowohl für eine ausreichende Zahl an stationären Pflegeplätzen als auch für ausreichende ambulante Angebote (ambulante Pflegedienste, Kurzzeit- und Tagespflege) als auch besonders für Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige, die nach wie vor den Hauptanteil der Pflege zu Hause leisten. Um besser auf die individuellen Bedürfnisse der Pflegebedürftigen eingehen zu können, brauchen wir im Landkreis einen Mix aus möglichst vielen Bausteinen und unterschiedlichen Projekten.

<u>Wir werden uns konkret dafür einsetzen, dass</u>

1. ein „Pflegestützpunkt“ im Landkreis eingerichtet wird, der als Anlaufstelle für Familien alle Fragen rund um die Pflegebedürftigkeit beantwortet und effiziente Hilfestellung gibt.
2. im Landratsamt eine Pflegeberatungsstelle inklusive Rechtsberatung geschaffen wird
3. die Zahl der Kurzzeit- und Tagespflegeplätze im Landkreis bedarfsgerecht ausgebaut wird
4. sogenannte „präventive Hausbesuche“ wie in anderen Kommunen implementiert und finanziert werden, um Vereinsamung und Pflegebedürftigkeit zu verhindern.

5. alle Möglichkeiten der digital-technischen Unterstützung (Sturzmatten, automatische Beleuchtung, Ausschaltautomatik Herd.) zur Erleichterung den Pflegebedürftigen und Pflegenden zugänglich sind.
6. eine Musterwohnung mit Pflegehilfsmitteln, technischen Möglichkeiten der Hilfe und ergänzender Beratung eingerichtet wird.
7. ein Kompass für pflegende Angehörige im LKR FFB (leicht auffindbar auf der Website des Landratsamtes und in Papierform zur Verteilung u.a. auch in Apotheken und Arztpraxen) erstellt wird, in Ergänzung zum bestehenden digitalen Gesundheits- und Sozialwegweiser und um Erweiterung von konkreten Informationen.
8. pflegende Angehörige durch geschulte Pflegebegleiter unterstützt werden
9. Hilfestrukturen im Vorfeld einer Pflegesituation erweitert werden. Dies betrifft u.a. die Bereiche Haushaltsführung, Mobilität und Alltagshandeln
10. die zugehende Beratung im Wohnumfeld intensiviert wird

✓ **Wir wollen, dass auch einkommensschwache Bürger an Angeboten teilhaben können**

Grundsätzlich wollen wir, dass der ÖPNV bis 18 kostenfrei wird und das € 365-Ticket für das Gesamtnetz eingeführt wird.

Für das neue aktuelle MVV-Angebot Sozialticket ist die Einführung eines Landkreis-Passes nötig. Die Nutzung des Passes soll erweitert werden um vergünstigte Angebote von Landkreiseinrichtungen. Außerdem soll bei Kommunen und anderen Anbietern geworben werden, dass diese auch Angebote für Landkreiskarteninhaber bereitstellen. Das Sozialticket IsarCard S als Monatskarte soll um verbilligte Tagestickets ergänzt werden.

Damit mehr Bildungs- und Teilhabeleistungen aus dem Bildungspaket abgerufen werden, soll die Einführung einer elektronischen Bildungskarte verfolgt werden.

Die auf unseren Antrag gewährte freiwillige Leistung des Landkreises bei Empfängern von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit soll beibehalten werden, damit dieser Personenkreis weiterhin die zusätzliche, dringend notwendige finanzielle Unterstützung erhält.

✓ **Wir wollen, dass Inklusion als gesamtgesellschaftliche Verpflichtung und Aufgabe gesehen wird.**

Der Landkreis ist dafür verantwortlich, dass der erarbeitete Kommunale Aktions- und Teilhabeplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt und fortgeschrieben wird. Deshalb kommt der Stelle des Inklusionsbeauftragten als Motor des Prozesses eine bedeutsame Funktion zu und wir hoffen, dass durch eine stabile Personalbesetzung dieser nun nachhaltig in Gang gesetzt werden kann.

Inklusion als selbstbestimmte Teilhabemöglichkeit muss bei allen politischen Entscheidungen mitgedacht werden. Dies betrifft nicht nur den zwingend erforderlichen öffentlichen barrierefreien Raum, sondern sämtliche Lebensbereiche. Die Fragestellung lautet daher: Schließen wir mit unserem Handeln, mit unseren Entscheidungen Menschen aus und wie können wir das vermeiden bzw. was kann verändert werden, damit Menschen dabei sein können, mitmachen können, mitgestalten können?

✓ **Wir wollen, dass die Lebensbedingungen Männern und Frauen gleichwertige Wahlmöglichkeiten eröffnen.**

Wir sehen die Stelle der Gleichstellung im Landratsamt als einen wichtigen Faktor für die Gleichstellung im Landkreis an. Die Ausstattung der Kommunen mit Gleichstellungsstellen ist sehr unterschiedlich, so dass hier dem Landkreis eine besondere Rolle zukommt.

In der Stundenerweiterung der Gleichstellungsstelle wurde dieser Tatsache nur teilweise Rechnung getragen. Wir setzen uns weiterhin für die notwendige Vollzeitstelle ein.

Durch die weiterhin verlässliche Unterstützung des Frauenhauses und der Interventionsstelle für Opfer häuslicher Gewalt, soll unbürokratisch Hilfe erfolgen und die Solidarität des Landkreises zum Ausdruck kommen

Der landkreiseigene Verhütungsmittelfonds soll beibehalten und bei Bedarf finanziell aufgestockt werden.

Besonderen Handlungsbedarf sehen wir im sozialen Bereich, in dem immer noch überwiegend Frauen tätig sind. Dies führt z.B. bei Pflegebedürftigkeit der Eltern zu erheblichen Mehrfachbelastungen. Hier müssen die Männer und die Öffentlichkeit sensibilisiert werden.

Frauen sind in der Kommunalpolitik immer noch unterrepräsentiert. Hier müssen gemeinsam Ansätze gefunden, wie Rahmenbedingen aussehen müssen, damit politisches Engagement auch für Frauen möglich ist. Wir können auf dieses Potential nicht einfach verzichten.

✓ **Wir wollen, dass Menschen, die hier im Landkreis mit einer anderen Sprache oder kulturellem Hintergrund leben willkommen, akzeptiert und bei Bedarf unterstützt werden.**

Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund im Landkreis Fürstenfeldbruck nimmt zu.

Wir wollen ein solidarisches, tolerantes und als Bereicherung empfundenes Zusammenleben aller Menschen, aller Kulturen.

Durch eine aktive Beteiligungsstruktur auf Landkreisebene sollen Menschen mit Migrationshintergrund aktiv ihr Lebensumfeld mitgestalten. Es soll ein Integrations- und Migrationskonzept erstellt werden, das ein regelmäßiges Monitoring beinhaltet.

Die Stelle des Integrationslotsen im Landratsamt ist für die Vernetzung der Akteure verantwortlich und gibt auftretende Fragestellungen als Scharnierfunktion an die Verantwortlichen weiter. Der im Jahr 2018 stattgefundene Fachtag zu Migration im Landkreis soll weiterhin regelmäßig unter Federführung des Integrationslotsen stattfinden.
Wir wollen darüber hinaus einen Beirat für Integrationsfragen einrichten.

Für die spezielle Situation von EU-Bürgern sollen konkrete Unterstützungsmöglichkeiten geschaffen werden. Eine weitere besondere Zielgruppe sind Frauen mit Migrationshintergrund. Hier sollen auf die Lebensrealität abgestimmte Angebote entwickelt werden. Das Projekt der Kulturdolmetscher soll fortgesetzt und bei Bedarf ausgeweitet werden.

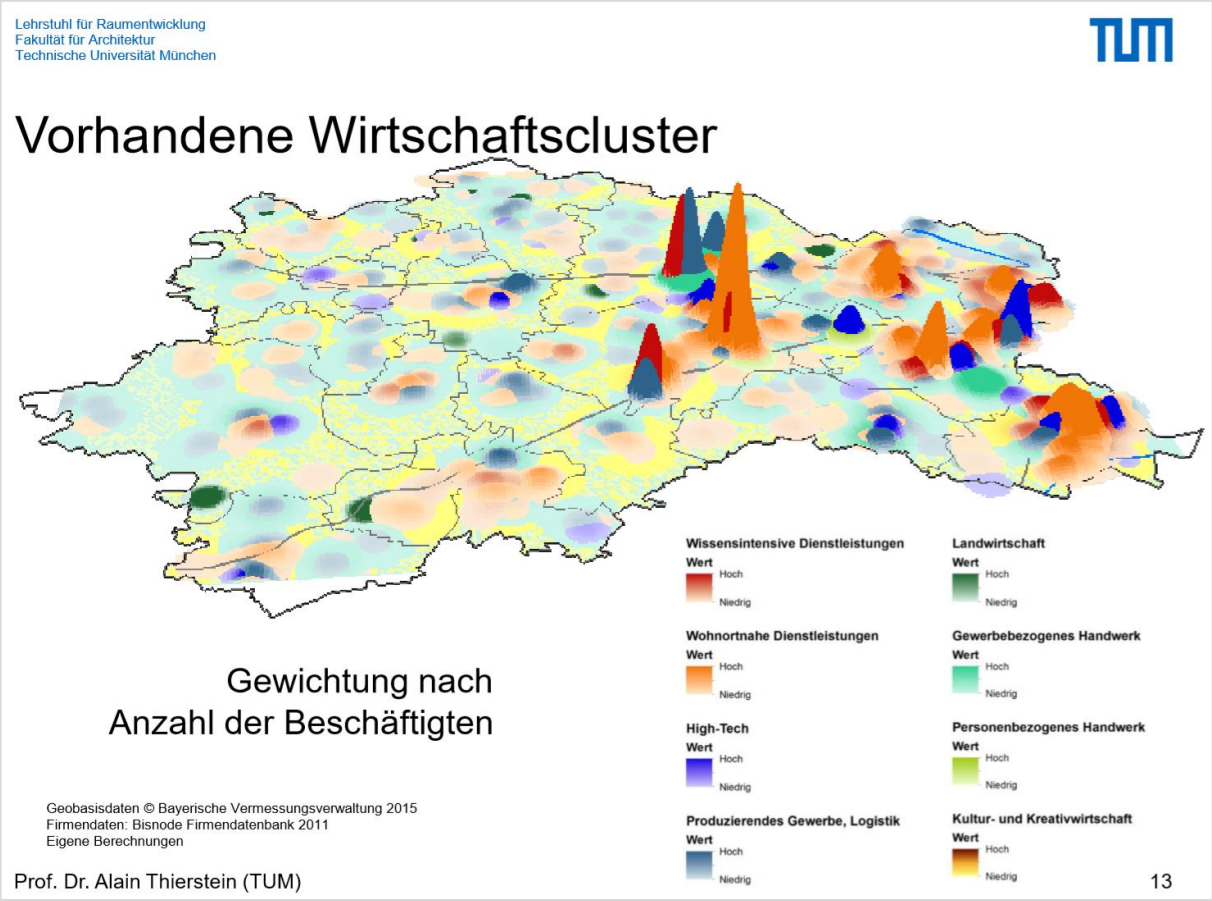
- ✓ **Wir fordern die Einrichtung eines Sozialausschusses im Landkreis Fürstenfeldbruck**
  Die bisherige Behandlung von sozialrelevanten Themen im Kreisausschuss und im Arbeitskreis Soziales, der sich zweimal im Jahr trifft, entspricht nicht unseren Vorstellungen von einer transparenten und kompetenten Sozialpolitik im Landkreis. Wir möchten durch die Einführung eines Sozialausschusses der Wichtigkeit und Bedeutung von sozialen Belangen Rechnung tragen und damit die öffentliche Wahrnehmung und Verantwortung sensibilisieren.

- ✓ **Wir wollen, dass unsere Kommunen in sozialen Angelegenheiten zusammenarbeiten.**
  Durch eine Vernetzung der für den sozialen Bereich Verantwortlichen sollen Angebote effektiver genutzt und entwickelt werden, sowie bestehende Entwicklungen besser eingeordnet und Handlungskonzepte erarbeitet werden. Aufgabenfelder sehen wir u.a. in der Unterbringung von wohnungslosen Landkreisbürgern.

Wir wollen alle Lebenswege und Biografien anerkennen und respektieren, egal wo sie herkommen und wo sie hinführen.

WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Der Landkreis Fürstenfeldbruck hätte durch seine Lage zwischen den beiden Metropolen München und Augsburg die besten Voraussetzungen, um ein breites Spektrum an unterschiedlichen Unternehmen und damit Arbeitsplätze und Gewerbesteuereinnahmen anzusiedeln. Insbesondere in den sozialdemokratisch geführten Städten Puchheim und Olching, mit der großen Zahl an innovativen Mittelständlern, lässt sich erkennen, welche Potentiale vorhanden sind.



Darüber hinaus haben gesellschaftliche und technische Megatrends, wie die Digitalisierung und das wachsende Bewusstsein zu einer nachhaltigen Lebensweise, auch Auswirkungen darauf, wie Arbeitsplätze strukturiert und in welchen Bereichen Firmen gegründet werden.

Die politischen Mehrheitsfraktionen im Kreistag, aber auch der amtierende Landrat haben bisher dafür gesorgt, dass Chancen nicht genutzt und die Verwaltung des Stillstandes oberste Maxime wurde. Dies soll sich in den kommenden sechs Jahren mit einer Reihe von Maßnahmen ändern.

1. Echte Ansiedlungspolitik und gezielte Förderung

Die bisherigen Anstrengungen im Bereich Ansiedlungspolitik und Förderung von Gründerinnen und Gründern verfolgten einen viel zu breit gestreuten Ansatz, anstatt sich auf zukunftsfähige Technologiebranchen zu konzentrieren.

Anstatt mit der Gießkanne und ohne Strategie Gelder zu verteilen sowie Veranstaltungen durchzuführen, braucht es gezielte Maßnahmen, um den im Vergleich zu den anderen Landkreisen in der Planungsregion 14 entstandenen Rückstand wieder aufzuholen und letztendlich eine führende Rolle einnehmen zu können.

Wir wollen eine Marke Landkreis Fürstenfeldbruck entwickeln, um den Standort bewerben zu können. Als gemeinsames Dach für alle Kommunen und somit auch einer wesentlich bessere Koordinierung der Anstrengungen zur Findung von Unternehmen, muss der Landkreis in den kommenden sechs Jahren tätig werden.

Darüber hinaus soll ein digitaler Gründer- und Freiberuflerhof aufgebaut werden. Auf dieser Plattform soll der Austausch der jungen Unternehmerinnen und Unternehmer untereinander, aber auch Schulungen oder Angebote zur Unterstützung z.B. beim Einkauf oder der Buchhaltung geben. Neben der reinen Bereitstellung der Plattform, braucht es auch Personal, dass Hilfestellungen bietet und ein aktiver Ansprechpartner ist. Zudem sollen die Wirtschaftsverbände, wie die IHK, die Kreishandwerkerschaft aber auch der Kreisbauernverband als Unterstützer gewonnen werden. Damit kann vielen jungen Unternehmen, aber auch den vielen kleineren Firmen eine große Hilfestellung gegeben werden.

2. Equal Pay, Sonntagsallianz und betriebliche Mitbestimmung stärken

Die Ausgestaltung von Arbeitsplätzen in den Betrieben vor Ort bestimmt maßgeblich die Möglichkeiten, wie sich Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben beteiligen können. Um eine aktive Zivilgesellschaft zu ermöglichen, braucht es die gleiche Bezahlung von Frau und Mann, es müssen Sonn- und Feiertage frei von Arbeit gehalten werden, so dass man sich erholen aber auch engagieren kann und es ist wichtig, dass die betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer deren Interessen optimal vertreten kann.

Um seiner Vorbildrolle gerecht zu werden, muss der Landkreis deshalb nicht nur dafür sorgen, dass Frauen und Männer, die für das Landratsamt tätig sind gleich bezahlt werden, sondern auch aktiv bei den Unternehmen dafür werben. Mit Hilfe von Kampagnen und Veranstaltungen soll das gesellschaftliche Bewusstsein gestärkt werden. Aufträge sollen nur noch an Unternehmen vergeben werden dürfen, die sich an diese Grundsätze halten und tariflich gebunden sind bzw. bei entsprechender Unternehmensgröße einen Betriebsrat haben.

Der Landkreis Fürstenfeldbruck soll der Allianz für den freien Sonntag beitreten und damit ein aktives Zeichen gegen die zunehmende Vereinnahmung dieses Tages durch zusätzliche Arbeit zu setzen. Insbesondere im Einzelhandel bedeutet dies eine übermäßige Zusatzbelastungen für die in diesen Bereichen tätigen Menschen.

Bei einer großen Zahl von Firmen in unserem Landkreis gibt es Betriebsräte die sich für die zentrale Aufgabe engagieren, die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihrem Unternehmen zu vertreten. Um deren Engagement zu unterstützen, soll der Landkreis regelmäßige Treffen für die Betriebsräte organisieren, um einen Austausch zu ermöglichen und damit Ideen und Ansätze aus den verschiedenen Bereichen weiterzugeben. Damit kann die Arbeitsplatzqualität im Landkreis insgesamt gesteigert werden.

3. Ausbildungs- und Arbeitsplätze vor Ort bewerben und ermöglichen

Wir müssen die berufliche Ausbildung stärken. Wir brauchen dringend Nachwuchs für die üppig vorhandenen Ausbildungsplätze. Ein berufliches Ausbildungszentrum könnte unseren Unternehmen helfen, den so dringend benötigten Nachwuchs hier vor Ort selbst auszubilden.

Wir müssen allen, die wollen, eine Chance geben. Sie fordern und fördern. Arbeit genug ist da.

Das gemeinsame Angebot der Sparkasse, der Kreishandwerkerschaft und des Landkreises, nämlich der Berufsinfomarkt, war ein Schritt in die richtige Richtung, um jungen Menschen gezielt Perspektiven im Landkreis aufzuzeigen. Dieser Ansatz muss weiterverfolgt werden, um die Ausbildungs- aber auch die Arbeitsplatzsuche vor Ort zu vereinfachen.

In enger Abstimmung mit der Agentur für Arbeit soll eine einfache und kostenlose Plattform für alle Unternehmen im Landkreis aufgebaut werden. Dadurch soll die zunehmend schwierigere Suche nach Fachkräften erleichtert und den Arbeitsplatzsuchenden Perspektiven vor Ort gezeigt werden.

In Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden, der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter sollen die Bevölkerungsgruppen im Landkreis identifiziert werden, die bei der Arbeitssuche erschwerte Bedingungen haben. Darauf aufbauend, sollen gezielte Maßnahmen entwickelt werden, wie diese sich bei Betrieben vor Ort eine sichere Zukunft aufbauen können.

4. Nachhaltiges Wirtschaften im Landkreis

Gerade im Bereich der Wirtschaft gibt es zahlreiche Möglichkeiten nachhaltige Lösungen umzusetzen und somit nicht nur Ressourcen zu schonen sowie die Lebens- und Arbeitsqualität zu verbessern, sondern auch finanzielle Einsparungen zu ermöglichen. Der Landkreis muss diese Entwicklung begleiten und Veränderungen einfordern.

Die Wirtschaft vor Ort muss in einem transparenten und ernsthaften Dialog in das gesamtgesellschaftliche Projekt Klimaschutz eingebunden werden. Gemeinsam mit den Unternehmensverbänden werden so klare Maßgaben für die Einsparung von CO_2 durch die Firmen festgelegt.

Das Modell der Energieeffizienznetzwerke muss endlich auch in Fürstenfeldbruck umgesetzt werden. Mit Hilfe der zu gründenden Energieagentur sollen die Unternehmen angesprochen und für diese Idee geworben werden. Das Landratsamt muss ein aktiver Teil des Netzwerkes werden. Damit können Synergien erzeugt und Möglichkeiten gefunden werden, um Energie einzusparen.

Zudem soll ein Fördertopf in Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Landkreis aufgebaut werden, um Maßnahmen wie die Elektrifizierung der Firmenflotte oder die Beschaffung von Lastenpedelecs voranzutreiben.

Wir wollen die verschiedenen Bereiche der Wirtschaft im Landkreis gemeinsam mit den vielen Akteuren weiterentwickeln. Damit auch in Zukunft fair und gut bezahlte Arbeitsplätze vor Ort zur Verfügung stehen und die Kommunen durch Steuereinnahmen ihre Aufgaben bewältigen können.

MOBILITÄT UND VERKEHRSINFRASTRUKTUR - VORRANG FÜR ÖFFENTLICHE MOBILITÄT, VERKEHRSWENDE MACHEN

Wir sagen: **Schluss mit dem S-Bahn-Chaos.** Wir fordern den schnellen viergleisigen Ausbau der S 4 und den 10min-Takt auf allen Linien im Landkreis. Entschlossener weiterer Ausbau des ÖPNV mit neuen Tangentialverbindungen wie etwa einer Tram oder Seilbahn von Bruck durch den Fliegerhorst nach Maisach, mit einem Ausbau von Expressbuslinien. Wir setzen uns ein für landkreisübergreifende Linien, z.B. nach Dachau, Freising und in den Landkreis München. Das Ziel sind Ringlinien. Dabei sollen einige tangentiale Verbindungen kurzfristig verwirklicht werden. Seilbahnen (z.B. von Germering nach Pasing) können kurzfristig umsetzbare Lösungen für zusätzliche Verbindungen bringen. Wir müssen den Anschluss des Landkreises an das Münchner U-Bahnnetz endlich angehen. Die durch Busse und Anrufsammeltaxis bereitgestellten 24/7-Angebote müssen - insbesondere im Westen des Landkreises - kontinuierlich verbessert und ausgebaut werden. Wir brauchen dringend eine Erhöhung der Kapazität und der Zuverlässigkeit in allen Systemen.

Wir fordern grundsätzlich: **ÖPNV bis 18 kostenfrei, das 365 €-Jahresticket für alle!** Gefördert vom Bund. Tarife und Tarifstruktur (keine harten Tarifsprünge zw. zwei Stationen) müssen so sein, dass die Bürger*innen die S-Bahn als attraktiv empfinden und in ihrer wohnortnächsten Station zusteigen.

Verkehrsmittel müssen barrierefrei sein. Die UN-Behindertenkonvention muss umgesetzt werden. Eine Abwägung, ob „ausreichend“ Menschen mit Einschränkung vorhanden sind, darf es nicht geben.

Wir wollen das **Radwegenetz** gerade in Zeiten von e-Bike entschlossen ausbauen. Wir brauchen schnellstmöglich die Realisierung des Fahrradschnellwegekonzeptes, nicht nur sternförmig nach München, sondern auch tangential. Radfahrer sollen möglichst eigene Wege oder zumindest Spuren haben. Mit intelligenten Konzepten (Ampelschaltungen je Verkehrsteilnehmer, Sichtachsen usw.) muss die Sicherheit der Radfahrer im Bereich des gemeinsamen Verkehrs mit PKW und gerade LKW erhöht werden.

Wir brauchen **Mobilitätsdrehscheiben** an allen Bahnhöfen. Eine umfassende digital basierte Vernetzung mit schnell auszubauenden Sharingsystemen (Auto, Bike, Lastenrad). Diese Mobilitätsstationen müssen attraktiv ausgestattet sein (Überdachung, Beleuchtung, Sitzmöglichkeiten, Barriere-freiheit, Toiletten, Kiosk). Es muss eine App entwickelt werden, in der alle Angebote der Verkehrsmittel im Landkreis verfügbar und buchbar sind. Die App muss übersichtlich, leicht bedienbar und auch barrierefrei sein. So können öffentliche und individuelle Mobilität für die Nutzer komfortabel mit einander verschmelzen.

Wir errichten eine einheitliche und **leistungsfähige Infrastruktur** für die Elektromobilität und ergänzend grünes Gas. Die öffentlichen Flotten werden selbstverständlich klimaneutral.

Zum Bau von Ortsumgehungsstraßen muss der Landkreis ein ganzheitliches Gesamtkonzept entwickeln, damit wir über das St. Floriansprinzip hinauskommen, nach dem jeder nur an seine Interessen denkt.

Wir wollen die überlasteten Stadt- und Gemeindezentren vom Individualverkehr entlasten. Dazu schaffen wir zusätzliche Busverbindungen in die Zentren (Taktverdichtung!). Wir denken auch nach über Parkraumbeschränkungen in den Innenstädten. Auch kommunale Tempolimits können ein Baustein sein. Wir drängen die individuelle Mobilität zurück, auch durch eine Abschmelzung der Stellplatzschlüssel.

Der Landkreis muss Mitgestalter einer koordinierten Mobilitätsperspektive sein, die bei größeren Ansiedlungsprojekten die Mobilitätsinfrastruktur von Anfang im Auge hat. Die Infrastruktur muss in Zukunft stehen, bevor die Menschen kommen.

Der Verkehrssektor muss bei der CO^2-Einsparung endlich liefern.

Aber: Nur wenn die öffentliche Mobilität eine zuverlässige, bequeme und bezahlbare Alternative zur individuellen Mobilität wird, können wir die Menschen zu einem freiwilligen und damit nachhaltigen Umstieg bewegen!

FURSTY - KLIMANEUTRALE STADT DER ZUKUNFT

Wir haben eine Vision für Fursty, für die zivile Nachnutzung des Fliegerhorstes. Dort kann der Leuchtturm entstehen, der weithin sichtbar macht, was unseren Landkreis besonders macht. Wir können dort die **Verbindung von Wohnen, Arbeiten, Bildung und Mobilität** neu denken. Eine Stadt der Zukunft, behutsam eingebunden in bestehende Raumstrukturen und einen einzigartigen Naturraum. Hier liegt ein Juwel vor uns, aus dem wir endlich etwas machen müssen.

Die Frage der Mobilität soll dabei führend sein. Als inhaltlicher Schlüssel für ein gelingendes Projekt genauso wie auf der Zeitachse in der Realisierung. Die Verkehre im Landkreis kollabieren jetzt schon, Ziel muss also sein, Verkehre zu vermeiden und die öffentlichen Mobilitätsangebote leistungsfähig und komfortabel zur Verfügung zu stellen. Wir setzen uns ein für eine **Tram- oder Seilbahnverbindung** von Fürstenfeldbruck durch den Fliegerhorst bis nach Gernlinden und Maisach. Diese neue Infrastruktur muss fertig sein, bevor die ersten Gebäude bezogen werden. Der PkW-Mobilität weisen wir nurmehr eine untergeordnete Rolle zu. Bei uns ist führend die öffentliche Mobilität verbunden mit einem modernen Radwegesystem und jeder Menge E-Sharingangebote.

Wir müssen Orte für Bildung und Forschung sowie qualitätsvolles Arbeiten schaffen. Hier gilt es, die gut untersuchten bestehenden ökonomischen Strukturen des Landkreises zusammenführen und einen neuen Anker schaffen. Warum nicht ein Innovationszentrum „klimaneutrale Stadt“ in Fursty. Mit einer Fakultät der großen Münchner Universitäten, mit Startups und Big Playern. Das könnte auch ein Motor für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung der Wirtschaft im Landkreis sein.

Wir müssen vorsichtig umgehen mit dem Flächenverbrauch, auch deshalb müssen in Fursty mit Arbeit und Forschung gut vernetzte **urbane Wohnstrukturen** entstehen. Unter einfühlsamer Einbeziehung des denkmalgeschützten Altbestandes. Wir müssen dort das Verhältnis zwischen bezahlbarem und freifinanziertem Wohnungsbau umdrehen. So wie das in Wien seit über hundert Jahren erfolgreich praktiziert wird. 60% kommunaler und öffentlich-geförderter, gerne auch genossenschaftlicher Wohnungsbau, 40% über den Markt entwickelt. Die verschiedenen Wohnangebote müssen eng vernetzt werden, so dass keine sozialen Brennpunkte, sondern **lebendige und gemeinschaftliche Wohnquartiere** entstehen.

Die **Infrastruktur öffentlichen Lebens** mit kleinteiligen Einkaufsmöglichkeiten, einem guten Gastronomieangebot und jeder Menge Freizeit und Kultur organisieren wir gemeinschaftlich, auch hier gibt es gute Erfahrungen in europäischen Metropolen.

Gemeinwohlorientiert, klimaneutral, leistungsstark und mobilitätsarm. So stellen wir uns Fursty, unsere Stadt der Zukunft, vor.

Ein solches Projekt können wir nur in professionellen Strukturen organisieren. Ein guter Weg könnte eine Entwicklungsgesellschaft sein, in die verschiedene Stakeholder jeweils ihren besten Beitrag einbringen. Diese Gesellschaft muss interkommunal sein und sollte auch die Kompetenzen aus Wissenschaft und Wirtschaft integrieren. Chancen und Risiken sollten gerecht und ausgewogen verteilt werden. Der Umstand, dass die Flächen schon in öffentlicher Hand sind, bietet die einmalige Chance, hier wirklich bezahlbaren Wohnraum in zukunftsfähigen Strukturen zu schaffen.

Wir könnten das Projekt niederschwellig beginnen mit einem studentischen **Forschungsprojekt**. Die Bereitschaft dazu ist z.B. bei der TUM vorhanden. Wenn so eine erste Sichtbarkeit geschaffen ist, gehen wir in einen inhaltstiefen und ernsthaften Bürgerdialog. Eine solche Chance können wir nur gemeinsam nutzen.

Auf der Entwicklungsachse von Dachau bis zum Flughafen entstehen spannende Entwicklungszonen, mit denen wir um Forschung und Hightech konkurrieren. Der Landkreis Fürstenfeldbruck hat auch hier schon viel zu viel Zeit vergeudet.

Wir müssen uns selbstbewusst eine dauerhaft erfolgreiche Position in der Metropolregion München erarbeiten.

Zeit loszulegen!

ABFALLBESEITIGUNG IM LANDKREIS – ÖKOLOGISCH, BÜRGERFREUNDLICH, WIRTSCHAFTLICH

Im Landkreis FFB beseitigen wir grundsätzlich unseren eigenen Abfall, dies erwarten wir auch von anderen entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften, die Müllverbrennungsanlage ist kein Müllofen für riesige Fremdmüllannahmen aus ganz Südbayern. Sie dient vorrangig dem Eigenbedarf. Mülltourismus darf nicht eintreten. Die Anlage bleibt weiter in Trägerschaft der Landkreise FFB und DAH, eine Hereinnahme weiterer ortfremder oder etwa privater Träger lehnen wir ab.

Priorität hat für uns:

1. Vermeidung von Abfall und stoffliche Verwertung gehen vor Müllbeseitigung.
2. Dazu müssen Stoffkreisläufe organisiert werden.
3. Erst danach kommt eine Beseitigung nicht vermeidbarer Reststoffe durch Verbrennung.
4. Ein weiteres umfassendes Recycling aus der Restschlacke und eine umfassende Energienutzung der Verbrennung ist selbstverständliche Pflicht. Die Wärme- und Energieeverwertung der GfA erweitern, wo immer möglich, aber nicht um den Preis der Zerstörung der besonderen Landschaft im Graßlfinger Moos. Diese Umsetzung dient vielmehr dem Gewinnen von Elektrizität bzw. von Fernwärme für die (ausbaufähigen) Netze der Umgebung für Gewerbegebiete und klimaneutrale Wohnsiedlungen

Das vielfältige System mit seinen Bring- und Holelementen sowie die weitere Sortierung, Verwertung und Behandlung des Abfalls sind laufend auf **ökologische Effizienz, Kundenkomfort und Wirtschaftlichkeit** zu überprüfen. Dazu haben wir gutachterliche Müllanalysen und Kundenbefragungen unterstützt. Aktuell wollen wir – nach guten innovativen Erfahrungen im Ausland wie z.B. in der Schweiz - die Machbarkeit bezüglich einer Umrüstung des Müllheizkraftwerks GfA auf eine Trockenschlackeverwertung mit nachgelagerter Filter- und Sortieranlage zur Gewinnung von hochwertigen Rohstoffen aus den Reststoffen der thermischen Behandlung prüfen und ggfs. umsetzen. Es sollen Vor- und Nachteile des **Thermo-Recycling-Systems** nach Schweizer Vorbild und die Auswirkungen auf das aktuelle Mülltrennsystem im Landkreis aufgezeigt werden.

Nicht zuletzt die aktuelle Studie des AWB zur Zusammensetzung des Hausmülls sowie die durchaus in der Bevölkerung stets diskutierte Praktikabilität und Effektivität des aktuellen Trennsystems zeigt, dass es durchaus angebracht ist, andere Möglichkeiten des Trennsystems und des Recyclings zu untersuchen.

Der Kunststoffanteil im Restmüll in FFB liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt. In der Schweiz wird dagegen kein Plastik separat gesammelt, sondern als hilfreicher Brennstoff in der MVA mitverbrannt. Dadurch muss, anders als in Deutschland aktuell Vorschrift, kein Öl zugefeuert werden.

Auch werden Elektrokleingeräte u.ä. nicht mühsam getrennt und aufwändig recycelt, sondern ebenfalls thermisch behandelt. Durch die Verbrennung werden so Plastik und andere brennbare Bestandteile von den wertvollen Reststoffen getrennt. Durch die anschließende Filterung, Bearbeitung und Sortierung werden hochwertige Rohstoffe freigelegt und stehen zur Wiederverwendung zur Verfügung. Darunter fallen u.a. Glas, Metalle, Aluminium, Edelmetalle (über 60 Kilo Gold pro Jahr). Die Recyclingquote liegt durch diese systemische Behandlung laut der Verantwortlichen der MVA Hinwil (KEZO) deutlich über der hierzulande erreichten. Die KEZO Hinwil hat für die dortige Sortieranlage rund 40 Mio. Euro investiert, aktuell dürfte der notwendige Invest durch eine zwischenzeitlich ausgereiftere Technologie deutlich geringer sein. Pro Jahr werden nun Wertstoffe mit einem Marktwert von rund 10 Mio. Euro erwirtschaftet. Neben den umweltpolitischen ökologischen Gesichtspunkten, der deutlich niedrigeren Trenn-Notwendigkeit und des damit verbundenen Aufwandes für die Bevölkerung sprechen demzufolge auch wirtschaftliche Überlegungen wohl für einen solchen neuen Weg. Der Unterhalt der Anlage wird auf rund 1 bis 1,5 Mio. taxiert.

Durch die Aufbereitung der Verbrennungsreste (Schlacke) verbleibt deutlich weniger Restschlacke für die Abfuhr in Deponien oder zur Verfüllung in aufgegebene Stollen.

Zur besseren Lesbarkeit wird in diesem Kreiswahlprogramm des SPD Unterbezirk Fürstenfeldbruck personenbezogene Bezeichnungen, die sich zugleich auf Frauen und Männer beziehen, generell nur in der im Deutschen üblichen weiblichen oder nur in der im Deutschen üblichen männlichen Form angeführt. Dies soll jedoch keinesfalls eine Geschlechterdiskriminierung oder eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes zum Ausdruck bringen.